

BESCHLUSS

des Landesparteitags der FDP-Bremen am 25.04.2009 in Bremen

Antragsteller: Landesvorstand

Angenommen: _____

Ja: 58

Abgelehnt: _____

Nein: 1

Verwiesen an: _____

Enthaltung: 1

Europa für Bürger gestalten!

Die Bremer FDP tritt aus Überzeugung für die weitere Einigung Europas und die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einem demokratischeren Gemeinwesen ein. Menschen in Bremen und Bremerhaven profitieren von der europäischen Union. Dennoch gibt es vieles, was an der Europäischen Union noch verbesserungsfähig ist. Dies spricht allerdings nicht gegen die Union, sondern erfordert insbesondere den Einsatz von Parlamentariern, Minister-rat und Europäischer Kommission mit dem Ziel, die Union weiter zu demokratisieren und effektiver zu gestalten.

Europa nützt!

Die Europäische Vereinigung hat dafür gesorgt, dass nach den Schrecken des 2. Weltkrieges in Westeuropa Frieden eingekehrt ist. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs hat die Integration von Staaten Mittel- und Osteuropas, diesen Demokratie gebracht. Und das Streben nach Mitgliedschaft in der EU bringt weitere Staaten dazu, sich an den Normen und Werten der EU zu orientieren. Dies allein wäre schon Nutzen genug, um die EU zu rechtfertigen. Die Bürger der Europäischen Union und damit auch die Menschen in Bremerhaven und Bremen profitieren von Frieden und Demokratie.

Daneben hat die Union durch den gemeinsamen Binnenmarkt einen Wirtschaftstraum geschaffen, von dem Deutschland als exportorientiertes Land und das Bundesland Bremen als Industrie- und Außenhandelsstandort erheblich profitiert haben und nach Überwinden der derzeitigen Konjunkturkrise weiter profitieren werden. Zwei Drittel der deutschen Exporte gehen in Länder der EU. Dies hat viele Arbeitsplätze geschaffen und gesichert.

Wir wollen, dass neben dem Warenverkehr auch der Dienstleistungsverkehr stärker auf dem europäischen Markt und am Wettbewerb teilnimmt. Es besteht die große Chance, dass neben dem Warenverkehr auch der Dienstleistungsverkehr in der EU zunimmt, wovon auch Bremer und Bremerhavener Dienstleistungsanbieter profitieren können. Hierzu muss auch das Land Bremen seinen Dienstleistungsmarkt z.B. im Bereich der Weiterbildung öffnen. Denn wer woanders anbieten will, muss auch auswärtige Anbieter auf seinen Markt lassen. In Branchen, wie dem Energiesektor, die längst nicht mehr national organisiert sind, setzt die EU kartellrechtliche Bestimmungen durch und schränkt damit die Marktmacht großer Gesellschaften ein, was Nationalstaaten nicht in dem Maße gelingen kann. Beispielsweise hat die EU darauf hingewirkt, dass Stromanbieter sich von ihren überregionalen Netzen trennen. Dies nützt Verbrauchern, die so tendenziell geringere Preise zu tragen haben.

Privat vor Staat! - Vor Ort statt zentral!

Für Liberale ist eines der Grundprinzipien für die Organisation des Gemeinwesens, dass vor Ort entschieden werden soll, was vor Ort entschieden werden kann. So treten wir beispielsweise einerseits für eigenverantwortliche Schulen, für dezentral organisierten Katastrophenschutz sowie für eine lokale Arbeitsvermittlung durch die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ein und fordern andererseits eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Wir wollen, dass das Subsidiaritätsprinzip in der EU eingehalten wird und nicht nur auf dem Papier steht.

Das heißt für uns als allererstes: Der Staat muss nichts regeln, was die Bürger selbst regeln. Der Staat muss stark sein bei der Erfüllung seiner Kernaufgaben. Gesetze und Regeln die erlassen werden muss er auch kontrollieren können und wollen. Deswegen gilt es für uns auf

allen Ebenen die Regelungswut der anderen Parteien einzudämmen und die Zahl der Regelungen zu verringern.

Damit dies möglich wird, müssen mehr liberale Abgeordnete ins Parlament gewählt werden, die so denken wie wir: Privat vor Staat – Vor Ort statt zentral!

Mehr Demokratie

Die Bremer FDP setzt sich für eine weitere Demokratisierung der Europäischen Institutionen ein. Dafür ist es wichtig, dass das europäische Parlament weiter in seinen Rechten gestärkt wird. Es ist als direkt vom Volk gewählte Institution, die mit unserem Demokratieverständnis am besten übereinstimmende Institution in Europa. Der Ministerrat hingegen leitet seine Legitimation nur aus Wahlen in den jeweiligen Mitgliedsländern ab, und die Zusammensetzung der Kommission aus Vertretern von Nationalstaaten spiegelt eher die Interessen der Staaten wieder als die gemeinsamen Interessen der EU.

Die Bremer FDP tritt daher für eine Fortentwicklung der Union hin zu mehr demokratischen Mehrheitsentscheidungen ein. Auch fordert sie mehr Rechte für das Parlament.

Die Bremer FDP kritisiert die immer wieder unternommenen Versuche von Ministern aus Nationalstaaten, über den Ministerrat Regelungen durchzusetzen, für die sie in ihrem Heimatland keine Mehrheiten finden. Dies führt dazu, dass von der EU vielfach Fragen diskutiert und teilweise mit Regelungen belegt werden, die besser national beantwortet würden, sprich: Es wird leider noch viel zu oft gegen den Subsidiaritäts-Gedanken verstoßen.

Wir brauchen kein Wettbewerbsrecht, das alles und jedes regelt. Wettbewerb lebt von der Vielfalt des Angebots.

Die Bremer FDP fordert, dass auf allen Ebenen Bürokratie abgebaut wird. Dazu zählt für uns ein Abbau von EU-Richtlinien. Es muss nichts geregelt werden, was vor Ort besser geregelt werden könnte oder besser eben gar nicht staatlicherseits geregelt werden muss.

Es muss Ähnliches gleich geregelt werden. Entsprechend fordern wir z.B. eine Zusammenfassung bei gleichzeitiger Überarbeitung der EU-Vogelschutz-Richtlinie mit der EU-FFH-Richtlinie. Die EU sollte, wenn möglich und sinnvoll, stärker dazu übergehen, Ziele vorzugeben statt konkrete Maßnahmen vorzuschreiben. Ziel muss es sein, Vorgaben und Richtwerte zu definieren, die entsprechend der jeweiligen nationalen Möglichkeiten eigenverantwortlich umzusetzen sind. So begrüßen wir es, wenn die EU den Rahmen für den Ausstoß von Kohlendioxid mittels Zertifikate-Handel festlegt, da dies dem Gedanken einer ökologischen Marktwirtschaft entspricht, kritisieren aber, wenn sie gleichzeitig Klimaschutz durch Verbot von Glühlampen erreichen will.

Die Bremer FDP tritt dafür ein, dass das EU-Parlament seinen Reisezirkus beendet und künftig nur noch an einem Ort, in Brüssel, tagt. Auch dies verstehen wir als Abbau von Bürokratie. Auch spart dies das Geld der Steuerzahler, die dafür aufkommen müssen, ohne einen Vorteil davon zu haben. Das Pendeln zwischen Straßburg und Brüssel kostet Zeit, ist aufwendig und einer effektiven Parlamentsarbeit abträglich.